Gedanken von Ludwig Erhard zum Problem der Kooperation oder der Integration in Europa (März 1955)

Legende: In einem persönlichen Vermerk, vermutlich von März 1955, erklärt der deutsche Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, warum er die wirtschaftliche und funktionelle Integration der europäischen Staaten gegenüber ihrer institutionellen Integration vorzieht.

Quelle: Bundesarchiv, Koblenz, Potsdamer Str. 1 56064 Koblenz. http://www.bundesarchiv.de, Bundesministerium für Wirtschaft, BArch B 102/11580.

Urheberrecht: Bundesarchiv Koblenz

URL:
http://www.cvce.eu/obj/gedanken_von_ludwig_erhard_zum_problem_der_kooperation_oder_der_integration_in_europa_marz_1955-de-37cce613-deff-4b6e-9708-d1f2f0be0a47.html

Publication date: 05/11/2015

Gedanken von Ludwig Erhard zum Problem der Kooperation oder der Integration in Europa (März 1955)

(Private Studie - vertraulich)

1. Begriffsbestimmung

Der allgemeine Sprachgebrauch verwendet die Begriffe Zusammenarbeit, Verflechtung, Kooperation oder Integration mehr oder minder als Synonyme, aber gerade diese Unklarheit ist geeignet, der politischen Zielstrebigkeit in dieser Richtung Abbruch zu tun, ja, manchmal sogar eine Art babylonischer Sprachverwirrung auszulösen. Sehen wir indessen von Nuancierungen und subjektiven Auslegungen ab, so stellen sich uns bei objektiver Wertung nur zwei Formen politischer oder wirtschaftlicher Beziehungen dar: Die Kooperation und die Integration.

Die Maßstäbe und Wertungen einer Kooperation wurzeln im Quantitativen. Die Kooperation ist enger oder weiter, intensiv oder extensiv. Sie umfaßt wenige oder viele Bereiche - kurz und gut, sie ist wägbar und meßbar, aber in keinem Fall verändert sie die Qualität der Beziehungen. Hier gibt es zwar Fortschritt und Rückschritt, aber keine Veränderung der Form. Auf dieser Ebene dürfte nicht einmal der philosophische Satz zutreffen, daß die Quantität in die Qualität umschlägt, denn noch kaum je in der Geschichte hat etwa die Intensivierung des Außenhandels zwischen zwei Ländern das zwischenstaatliche Ordnungssystem zu verändern vermocht. Die Integration der Beneluxstaaten hat z.B. gezeigt, daß selbst die dichtesten wirtschaftlichen Beziehungen nicht ohne weiteres eine organische Einheit gewährleisten. Erst über das funktionelle Zusammenwirken konnten mählich die ökonomischen Spannungen beseitigt werden. So wünschenswert also zweifellos eine engere Kooperation der Völker auch sein mag, und so sehr eine solche Entwicklung zu begrüßen ist, kann doch aus Erfolgen dieser Art keine neuere und höhere Form zwischenstaatlicher Beziehungen erwachsen.

Der Begriff der Integration ist demgegenüber weniger klar zu definieren. Bei ihr haben wir es nicht mit einer Kategorie der Quantität, sondern der Qualität zu tun. So wenig man sagen kann, daß die Kooperation zwangsläufig oder organisch zu einer Integration drängt, so wenig sicher lassen sich die Wurzeln der Integration oder des Strebens nach einer solchen aufzeigen. Wohl können es materielle Ursachen sein, die ein solches Verlangen auslösen, aber die den Gedanken der Integration tragenden Kräfte wurzeln in geistigen, seelischen und moralischen Bereichen und streben nach einer Veränderung der Form, Insofern bedeutet die Integration gegenüber der Kooperation zweifellos eine höhere Stufe der Entfaltung. Hier verändert sich nicht nur die Quantität, sondern hier wandeln sich die Formen der Beziehungen; - hier wird etwas Neues geboren.

Diese deutliche Wertung darf indessen nicht über die politischen Realitäten hinwegtäuschen, denn praktisch wird es angesichts des Schwergewichts der Fakten sehr viel leichter möglich sein, auf dem Gebiete der Kooperation Erfolge zu erzielen, denn auf dem Felde der Integration überhaupt Ansatzpunkte zu finden. Zu einer Integration gehört in jedem Falle eine bewußte, grundlegende Willensentscheidung, während die Kooperation aus ihrer Eigengesetzlichkeit heraus fortlebt und weiterschreitet. Im praktischen Verfahren wird man darum gleichzeitig das Eine betreiben und das Andere anstreben müssen.

2. Die verschiedenen Formen der Integration

Mit dem Verfall der weltwirtschaftlichen Ordnung vergangener Prägung ist zugleich auch der Glaube verloren gegangen, daß sich ein funktionelles System zwischenstaatlicher Wirtschaftsbeziehungen regenerieren ließe. Autarkie, Protektionismus, Nationalismus, Totalitarismus und Devisenzwangswirtschaft haben nicht nur zwischen den Nationen, sondern auch noch innerhalb der Volkswirtschaften Stacheldrähte aufbauen helfen, die ein organischer Ganzes zerstört und zu einer Atomisierung geführt haben. Die Verirrung und Verblendung ist so weit gegangen, daß es fast aussichtslos erscheint, den Faden wieder rückwärts aufspulen zu wollen. Das jedenfalls ist der eine Grund, der die Welt nach neuen Formen der Integration suchen ließ. Eine weitere, aber nicht minder bedeutsame Ursache wurzelt in der Überlegung, daß selbst die bestfunktionierende Goldwährung und die freieste Weltwirtschaft die politische Spaltung der Welt

und den feindlichen Aufeinanderprall der so organisch verbundenen Länder nicht haben verhindern können. Die Ideen und Vorstellungen einer neuzeitlichen Integration haben deshalb komplexeren Inhalt, Montanunion, Europäische Verteidigungsgemeinschaft und Europäische Politische Gemeinschaft umreißen zusammen in ihrer Zielsetzung die möglichen Ansatzpunkte einer künftigen Integration, ohne noch das eigentliche Ziel erschöpfend aufzeigen zu können. Deutlich ist nur das Eine, daß all diese neuzeitlichen Integrationsvorstellungen zunächst im Institutionellen wurzeln und erst über die Organisation möglicherweise zu einer funktionellen Wirkung gelangen können. Es erscheint aus diesem Grunde berechtigt, die denkbaren und meßbaren Formen einer Integration zu unterscheiden zwischen solchen der institutionellen und der funktionellen Integration.

a) Die institutionelle Integration

Wie schon eingangs angeführt, bedarf die Verwirklichung einer Integration immer einer bewußten Willensentscheidung, und es ist darum bei einer politischen Betrachtung naheliegend, in diesem Zusammenhang an den ersten realisierten Versuch der Montanunion anzuknüpfen. Die Idee Robert Schumans wurde mittlerweile in die Tat umgesetzt, aber diese eine und bislang einzige Form einer institutionellen Integration entbehrt noch der Nachahmung oder der Ausweitung. Diese Aussage kann indessen schon nicht ohne kritische Einschränkung erfolgen, denn alle Sachverständigen waren sich wohl von Anfang an darüber klar, daß bei der Schaffung der Montanunion der politische Akzent den denkbaren wirtschaftlichen Nutzen überwog. Mit diesem Plan mußte sich die Hoffnung verbinden, daß es entweder möglich sein wird, die Montanunion zu einer Kristallisationspunkt einer sachlich und materiell erweiterten Integration werden zu lassen, oder aber - und das allein würde wohl den Erfolg verbürgen - daß es gelingen kann, das ökonomische Modell auch im Bereich der politischen Beziehungen anzuwenden. Diese Hoffnung hat mindestens bis heute getrogen, und es ist jedenfalls nicht abzusehen, ob und wann sich ein neuer Ansatzpunkt finden wird. Die Montanunion als isolierte Integrationsform wird sich auf die Dauer nur schwer durchsetzen oder wenigstens wird sie keine Anziehungskraft ausüben können. Die Gefahr einer gefühlsmäßigen Abwertung dieses ersten Versuchs ist umso größer, als es nach allgemeiner Überzeugung ein schlechtes Beginnen wäre, wenn etwa der Versuch unternommen werden sollte, andere Teilbereiche der Wirtschaft, wie etwa die Landwirtschaft oder die Chemie u.a.m., in branchenmäßiger Isoliertheit dergestalt integrieren zu wollen. Des weiteren zeigte sich, daß fungible Güter, wie Kohle, Eisen und Stahl, zwar eine relativ gute Basis für die Integration bieten, andererseits aber für die Eröffnung freier Marktfunktionen wenig geeignet erscheinen.

Aus Erfahrung und Erkenntnis ist jedenfalls der Schluß zu ziehen, daß ein Überhandnehmen branchenmäßiger Integrationen nicht zu einer Verflechtung, sondern im letzten Grunde sogar zu einer Atomisierung der binnen- und außenwirtschaftlichen Beziehungen der Volkswirtschaften führen müßte und so eine echte, funktionelle Integration geradezu zu verhindern geeignet wäre. Es kommt noch hinzu, daß die ländermäßige Zusammenfassung bzw. räumliche Abgrenzung der durch eine institutionelle Branchenintegration verbundenen Staaten wohl kaum immer identisch sein könnte oder dürfte. Blockbildungen dieser Art wären, wie z.B. die Reaktion auf eine vermutete engere Verbindung zwischen Bonn und Paris oder Bonn - Paris - Rom zeigte, zweifellos unerwünscht. Schließlich könnte es nicht im Sinne einer echten und organischen europäischen Ordnung liegen, die Ganzheit dieses an sich schon kleinen Marktes noch in eine Mehrzahl von sich überschneidenden, branchenwirtschaftlich gegliederten Integrationsbereichen aufzuteilen.

Mit dieser Art der institutionellen Integration ist zwangsläufig verbunden eine Delegierung nationaler souveräner Zuständigkeiten an eine supranationale Behörde und damit indirekt eine Einengung der wirtschafts- und konjunkturpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten seitens der beteiligten Staaten. Das mag und braucht kein Schaden zu sein, so lange die Gewaltenteilung überschaubar ist und das Gesamtgefüge der nationalen Wirtschaftskörper nicht berührt. Bei einer Häufung solcher Systeme aber, d.h. bei einer Mehrzahl von „Hohen Behörden“ für Teilbereiche der Wirtschaft, müsste zwangsläufig jener kritische Punkt erreicht werden, der die einzelnen Nationalstaaten der Möglichkeit einer eigenen Wirtschaftspolitik beraubt, ohne daß eine Mehrzahl supranationaler Behörden dafür wirksamen Ersatz oder gar höheren Effekt bieten könnte. Eine Zusammenlegung dieser Institutionen aber wäre ebenso wenig denkbar, weil diese willkürliche und artfremde Zusammenfassung branchenwirtschaftlicher Teilbereiche eine sinnvolle, zusammenfassende

Wirtschaftspolitik nicht ermöglichen würde.

Ich glaube darum, daß aus dieser Beweisführung geradezu zwingend der Schluß zu ziehen ist, daß weitere künftige Integrationsbestrebungen einen anderen Ansatzpunkt, und zwar einen solchen auf der politischen Ebene, finden müßten. Zur weiteren Begründung meiner Auffassung darf ich noch darauf verweisen, daß Integrationsformen wie die Montanunion nicht über den Einfluß geschweige denn über die Macht verfügen, um Fehler, Spannungen und Störungselemente im nationalpolitischen Bereich der beteiligten Länder auszuschließen, obwohl diese selbstverständlich in den zwischenstaatlichen Beziehungen maßgebend durchschlagen. Nicht um der Kritik, sondern um der Kennzeichnung des Sachverhalts willen darf ich z.B. darauf hinweisen, daß das Mißverhältnis zwischen dem französischen Preisniveau und dem amtlichen französischen Wechselkurs zweifellos ein Störungselement bedeutet, das die wirtschaftlichen Beziehungen aller Länder gegenüber Frankreich in stärkstem Maße beeinflußt und künstliche Manipulationen erfordert, die mit dem Gedanken der Freizügigkeit - dem Wesensinhalt jeder echten Integration - nicht in Einklang zu bringen sind Gegenüber diesem Problem versagt die institutionelle Integration vollkommen. Das Schwergewicht der nationalpolitischen Fakten droht vielmehr die Wirksamkeit jener Integration zu erdrücken.

Es möchte so scheinen, als ob mit diesen Ausführungen eine vernichtende Kritik an der institutionellen Integration geübt werden sollte. Das ist jedoch keinesfalls beabsichtigt. Immerhin aber scheint mir die Warnung berechtigt, in dieser Integrationsform das allein seligmachende Prinzip erkennen zu wollen. Es führen wohl viele Wege nach Rom, und das Modell der Montanunion kennzeichnet eben nur einen Weg neben anderen.

b) die funktionelle Integration

Auf der Suche nach neuen und höheren Formen zwischenstaatlicher Zusammenarbeit war es in einer Periode, die den Glauben an eine mögliche Regeneration freier, liberaler Verbindungen verloren hatte, nahe liegend, Auswege bzw. neue Verfahren im Organisatorischen zu finden. Das Organisieren-Wollen ist ja schlechthin ein typischer Ausdruck unserer Zeit, und nicht nur auf dem Felde der Politik, sondern in allen gesellschaftswirtschaftlichen Bereichen ist man geneigt, in der Schaffung immer neuer Institutionen schon einen Fortschritt oder gar eine Lösung zu erblicken. Solche Versuche werden sich indessen immer deutlicher und immer schneller als eine Selbsttäuschung herausstellen müssen. Ich persönlich habe immer vor dieser Eingleisigkeit der Betrachtung des Verfahrens gewarnt und darauf hingewiesen, daß man eine „Ordnung“ nicht organisieren und managen könne, sondern daß man sie „im System“ setzen müsse, während supranationale Institutionen in ihrer Teilzuständigkeiten immer Gefahr laufen, jene ihrer Verantwortung anheimgegebenen wirtschaftlichen Teilbereiche organisieren zu müssen.

Auf Grund all dieser Erfahrungen und Einsichten scheint es notwendig zu sein, das Problem der internationalen Kooperation oder Integration neu zur Diskussion zu stellen, um auch neue Lösungen zu finden. Der schon erwähnte Umstand, daß die in geschichtlicher Betrachtung bestfunktionierende wirtschaftliche Integration der Goldwährung in politischen Wirren zusammengebrochen ist, lässt noch nicht den Schluss zu, daß sie unzureichend ist und einer politischen Unterbauung bedarf.

Gerade aber nach dieser Richtung hin zeichnen sich auf Grund neuerer Erfahrungen der internationalen Zusammenarbeit gewisse neue Wege ab. Sowohl in den Prinzipien des „GATT“ wie des „Internationalen Währungsfonds“, aber vor allem auch in den Spielregeln der „OEEC“ und der „Europäischen Zahlungsunion“ eröffnen sich fruchtbare Ansätze einer Integration, die zwar nicht auf institutionelle Einrichtung verzichten kann, deren Schwergewicht, Geltung und Wirkung aber wesentlich auf der Eröffnung freier Funktionen beruhen.

Die ermutigenden Fortschritte, die die freie Welt und im besonderen die Mitgliedstaaten jener Organisationen hinsichtlich der Befreiung des Waren-, Dienstleistungs- und Devisenverkehrs gemacht haben, sowie die hoffnungsvollen Auspizien für eine endgültige Überwindung des Bilateralismus und die Schaffung frei konvertierbarer Währungen machen deutlich, daß uns auf dem Gebiete der funktionellen Integration Möglichkeiten zur Verfügung stehen, die bei zielstrebiger Fortentwicklung immer bessere

Resultate erwarten lassen.

Wenn ich diese Formen und Ergebnisse einer funktionellen Zusammenarbeit in Vergleich stelle zu jenem Versuch der institutionellen Integration in Gestalt der Montanunion, so liegt ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal in der sehr unterschiedlichen Zuständigkeit und Machtbefugnis der verwaltenden Organe. In dem einen Falle wurden nationale souveräne Rechte, aber damit auch die Verantwortung an eine supranationale Instanz delegiert, während in dem zweiten Modellfalle die Passung und Durchsetzung gemeinsamer Beschlüsse freier Verständigung und Zustimmung der Partner bedürfen. Jene freiwilligen Vereinbarungen, die, soweit das spezifische Verhalten bestimmter Länder angesprochen ist, hier die Form von "Empfehlungen" tragen, sind indessen von so starkem moralischem Gewicht, daß sie praktisch einer Bindung gleichkommen - aber eben doch des Odiums einer Diktats bzw., der Preisgabe nationaler souveräner Rechte entbehren.

Es ist wichtig, den Grundcharakter jener beiden Integrationsformen - der institutionellen und der funktionellen Integration - noch einmal klar herauszustellen. Über die Machtbefugnisse und Befehlsgewalten wurde bereits gesprochen. Es ist dem nur noch hinzuzufügen, daß angesichts der Empfindlichkeit der Nationalstaaten in Bezug auf die Preisgabe souveräner Rechte gerade auf dem wirtschaftlichen Felde entscheidende Fortschritte nicht zu erwarten sind. Würde man z.B., um das Gesagte zu erläutern, dazu übergehen wollen, etwa die gesamte Maschinenindustrie nach gleichen Grundsätzen der Montanunion anzugliedern, so würde es sich sofort und in drastischer Weise zeigen, daß die Widerstände nationalpolitischer Art geradezu unüberwindlich sind. Hierzu gilt das eingangs Gesagte, daß sich eine Volkswirtschaft nicht willkürlich in Teilbereiche zerlegen läßt wenn irgendeine Instanz, - sei es eine nationale oder supranationale -, eine echte Verantwortung für die Wirtschaft, ihr Sein und ihre Entwicklung, zu übernehmen in der Lage sein soll.

Die institutionelle Organisation wirkt in ihrem Teilbereich jeweils totaler und umfassender; sie versucht zwangsläufig, das Ganze (der Teile) zu organisieren und eine vollständige, übernationale Übereinstimmung herbeizuführen. Diese institutionelle Organisation kann aber weder die nationalen Wirtschaftsinteressen noch die allgemeine zwischenstaatliche Ordnung beeinflussen oder gar verändern und läuft auf diese Weise sogar ständig Gefahr, planwirtschaftlich und dirigistische Prinzipien anwenden zu müssen, um Ungleichnamiges aus dem nationalen Raum in Gleichnamiges für den supranationalen Raum umformen zu können.

Die funktionelle Integration, wie sie in den früher aufgezeigten Einrichtungen zu größerer Wirksamkeit strebt, hat einen breiteren Ansatzpunkt. Sie hat nicht Branchenregelungen im Auge, sondern sie will wirtschafts-, währungs- oder finanzpolitischen Prinzipien zu größerer Geltung, ja zu Allgemeingültigkeit verhelfen. Die Forderung nach Schaffung größerer Handelsfreiheit, Abbau von Zöllen, Verzicht auf diskriminierende Praktiken oder Mißbrauch der Währungspolitik zur handelspolitischen Waffe, Abkehr vom Protektionismus u.a.m., wendet sich an die Wirtschaftspolitik der solcherart zu integrierenden Länder und will damit ein gleichförmiges Verhalten der Volkswirtschaften und die Anerkennung gleicher Spielregeln im nationalen und zwischenstaatlichen Verkehr erreichen. Die funktionelle Integration setzt sich also sehr viel weitgehendere und - man kann wohl sagen - auch sehr viel höhere Ziele. Sie möchte zu einer gemeinverbindlichen Anerkennung von Ordnungselementen kommen, ohne die, wie die Erfahrung der letzten vierzig Jahre lehrte, eine wirklich fruchtbare Zusammenarbeit der Nationen weder auf dem wirtschaftlichen noch auf dem politischen Felde möglich ist.

Die institutionelle Integration will und muß trotz eingebauter parlamentarischer Instanzen in ihrer Organisation anordnen und befehlen können oder mindestens wird bei ihr die Befehlsgewalt sichtbar und spürbar, während umgekehrt bei der funktionellen Integration über die freiwillige Anerkennung bestimmter Grundsätze und die Einordnung der Volkswirtschaften unter dieses Gebot der gewollte Effekt in anonymer Weise erzielt bzw. sogar erzwungen wird. Dieser gravierende Unterschied hinsichtlich der Quantität und Qualität des Verfahrens und der Mittel läßt uns auch mit Recht von zwei grundsätzlich verschiedenen Formen der Integration sprechen.

Die Tatsache, daß institutionelle Integrationen, wie z.B. eben die Montanunion, von dem Willen beseelt

sind, eine echte Funktion wie die des freien Marktes für Kohle, Eisen und Stahl zu gewährleisten, wie umgekehrt etwa das Bemühen nach Erreichung einer echten funktionellen Integration in Gestalt eines freien Handelsverkehrs gewisse organisatorische Einrichtungen, (etwa solche der EZU) nicht entbehren kann, darf doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier im Ansatz und im Ziel um zwei grundlegend verschiedenartige Lösungsversuche handelt. Ich möchte damit gewiß keine unversöhnlichen Gegensätze aufreißen, aber wenn ich ein Urteil darüber fällen soll, welchem Verfahren der Vorzug zu geben sei, bin ich doch der Meinung, daß gegenüber einer institutionellen Integration mit funktioneller Teilwirkung eine umfassende funktionelle Integration mit zwangsläufig erforderlichen institutionellen Verankerungen unter allen Umständen den Vorzug verdient. Es kommt mit anderen Worten wesentlich auf die Akzente an. Es bleibt entscheidend die Frage, ob im einzelnen Falle der Institution oder der Funktion der Vorrang gebührt.

Wenn wir aus historischer Erfahrung wohl die Nutzanwendung ziehen müssen, daß die institutionslose Funktion (siehe z.B. die Goldwährung) den politischen und wirtschaftlichen Zusammenhalt der Völker nicht gewährleisten konnte, so dürfen wir auch nicht in den Fehler verfallen, in der Institution und der Organisation allein schon das Heilmittel zu erblicken. Ich erkenne dabei durchaus an, daß die Sichzusammensetzen und Vergleichenmüssen eine gewisse bindende Kraft auslösen, aber dieser in branchenwirtschaftlichen Teilbereichen gesetzte Zwang schafft gewiß noch keine politische Gemeinsamkeit. Mir will daher scheinen, daß jener andere Zwang, sich freiwillig über Formen und Prinzipien der nationalen und internationalen Ordnung verständigen zu sollen, von ungleich nachhaltigerer Wirkung und dazu einen moralischen Standard zu setzen geeignet ist, dem sich der Egoismus und die Verblendung der Nationalstaaten auf die Dauer nicht werden entziehen können.

Es scheint sich somit für die Zukunft doch ein fruchtbarer Weg der Integration abzuzeichnen, der im Schwergewicht wohl auf dem Funktionellen beruht, aber die Kraft der institutionellen Verklammerung dennoch zur Wirksamkeit gelangen läßt. Wenn man sich z.B. innerhalb der Europäischen Zahlungsunion über die Schaffung eines europäischen Kreditfonds unterhält, der den konvertierbaren Währungen einen gewissen Rückhalt bieten soll, aber sie dann gleichzeitig einem bestimmten Verhalten zwingt, oder wenn, um ein anderes Beispiel anzuführen, das politische Entgegenkommen aller Staaten gegenüber, einem bestimmten Lande von dessen eigenem Verhalten abhängig gemacht wird, so wird durch diese Hinweise deutlich, in welcher Weise es für die Zukunft möglich werden sollte Erfolge einer echten funktionellen Integration unter Zuhilfenahme institutioneller Zuständigkeiten zu erreichen.

3. Das Dilemma

Wenn im vorhergehenden Abschnitt eine Deutung und Wertung der Integration schlechthin versucht wurde, so stellt sich zusammenfassend nunmehr die Frage, mit welchen praktischen, d.h. realisierbaren Möglichkeiten, vor allem auch unter politischen Aspekten, gerechnet werden kann. Die Diskussion um die Montanunion bildet eine wahre Fundgrube für Erkenntnisse, die im ganzen genommen einer Nachahmung dieses Modells nicht gerade förderlich sind. Mag sich ein Land aus diesem Zusammenschluß wirtschaftliche Vorteile versprochen haben, so wird ein anderes aus politischen Gründen zuzustimmen bereit gewesen sein; aber wohl keines der beteiligten Länder hat wohl heute die Überzeugung, daß damit eine neue Ära politischer und wirtschaftlicher Befriedung angebrochen ist.

Wie stellt sich also die politische Situation derzeit dar? Man wird, abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken hinsichtlich des Wertes von branchenwirtschaftlichen Teilunionen, kaum mehr ein Gebiet ausfindig machen können, das man in solcher Weise aus dem nationalen Verantwortungsbereich auszuklammern bereit wäre (auf verkehrs- und energiewirtschaftlichem Gebiet sind ohnedies seit langer Zeit zwischenstaatliche Verständigungen erfolgt). Damit steht die Montanunion isoliert im Raume und gerade das ist ja das Bedenkliche und Gefährliche dieser Konstruktion.

Ich gebe wiederum gerne zu, daß die Chancen für eine Verständigung über gemeinsame Prinzipien einer Wirtschaftspolitik auch nicht zu hoch veranschlagt werden dürfen. Noch immer huldigen die Nationalstaaten der mehr oder minder ausgesprochenen Überzeugung, daß sie das wirtschaftliche und soziale Schicksal ihres Landes und Volkes nach eigenen Vorstellungen, Wünschen und Zielen zu gestalten hätten und es gerade hinsichtlich dieses Gegenstandes keine internationale Bindung bzw. keine Unterordnung geben könne oder

dürfe. In diesem Bereich sind dann nicht nur Fragen der nationalökonomischen Wissenschaft, sondern weltanschauliche Probleme und Glaubenssätze angesprochen. Da gibt es aber bekanntlich keine absoluten Wahrheiten mehr und so könnte man ob einer Verständigung eigentlich verzweifeln oder mindestens resignieren, wenn nicht doch deutlich zu spüren wäre, daß sich immer mehr Länder immer bewußter und aus eigenem Interesse zu den Prinzipien wirtschafts- und handelspolitischer Freiheit und damit zur Anerkennung eines gemeinsamen Schicksals der freien Welt bekennen wollen. Solange nämlich jeder Nationalstaat im Bewußtsein seiner Souveränität das politische, ökonomische und soziale Sein seines Volkes selbstherrlich bestimmen zu können glaubt, solange kann es eine irgendwie geartete echte Integration überhaupt nicht geben und solange wird ein Staat weder wirtschaftliche Teilbereiche aus seiner Verantwortung freizugeben bereit sein, noch wird er über Fragen der Wirtschaftspolitik mit sich handeln lassen.

Vom Wirtschaftlichen her gesehen ist das Heil allein gewiß nicht zu erwarten bzw. wird es längerer Entwicklungen bedürfen, um den Nutzen einer Verständigung und eines gemeinsamen Verhaltens zu erkennen. Das ist auch der Grund, warum ich eingangs der Überzeugung Ausdruck gab, daß eine echte und wirksame Integration im politischen Bereich ansetzen müsste. Nur wenn die Nationalstaaten und Völker sich dessen klar bewußt sind, daß die Zeit für ein politisches Eigenleben und Sonderschicksal mindestens in Europa vorbei ist, besteht die reale Chance auch für eine echte wirtschaftliche und soziale Integration. Das zu unterstreichen sei auf die Verhandlungen um die Eröffnung der „Europäischen Politischen Gemeinschaft“ hingewiesen. Dabei zeigte es sich deutlich, daß die Erkenntnis und die innere Bereitschaft zur Anerkennung gleicher wirtschaftlicher oder sozialpolitischer Prinzipien noch nicht vorhanden waren und daß sich darum jeder Versuch einer Integration Zwangsläufig in planwirtschaftlichen und dirigistischen Maßnahmen hätte erschöpfen müssen. Planwirtschaft und Dirigismus auf der einen Seite, Integration auf der anderen Seite, stehen sich indessen gegenüber wie Feuer und Wasser und jeder Vergleich bzw. Ausgleich hätte darum nur verhängnisvolle Wirkungen zeitigen können. Wenn ich also für die Ziele der Integration ein Primat der Politik anzuerkennen bereit bin, so muß ich doch gleichzeitig davor warnen, daß man über Formen der politischen Verständigung wirtschaftliche Zusammenfassungen erreichen möchte, die wegen der Gegensätzlichkeit der Grundlagen, Vorstellungen und Ziele nicht auf einen Nenner zu bringen sind und darum in Dirigismus ausarten müßten. Die Mechanisierung menschlicher Beziehungen aber ist nach meiner Überzeugung der schlimmste Feind einer politischen Verständigung überhaupt.

So komme ich im Ganzen zu dem Schluß, daß zwar die Politik die Führung in der Verständigung und Zusammenarbeit der Völker übernehmen soll und muß, aber daß all diese Anstrengungen der sorgfaltigen Beobachtungen und Berücksichtigungen der gesellschaftswirtschaftlichen Formen, Prinzipien und Entwicklungstendenzen im nationalen und zwischenstaatlichen Raum bedürfen. Es gibt nicht nur eine Form der Kooperation und Integration, sondern es gibt deren viele, aber wir müssen in der Nutzanwendung dieser Analyse dessen eingedenk sein, daß die Funktion vor der Institution, die funktionelle Ordnung vor der branchenwirtschaftlicher Regelung, das Prinzip im ganzen vor dem Verfahren im einzelnen zu stehen hat.

Ein hoffnungsvoller Ausblick ist immerhin berechtigt. Wenn jetzt z.B. die Länder der Westeuropäischen Union eingesehen haben werden, daß sie ihr politisches Schicksal in der Isolierung nicht frei gestalten können, sondern im Guten und Bösen aufeinander angewiesen sind, dann kann diese Schwäche noch zum Segen werden. Wie die Diskussionen zum sogenannten Rüstungspool gezeigt haben, kann und will sich kein Land den Luxus einer rüstungswirtschaftlichen Autarkie leisten, und schon allein daraus erwächst ein neuer Zwang und Drang zu engerer Zusammenarbeit. Nachdem diese Zusammenhänge anerkannt sind, befänden wir uns auf gutem Wege, das protektionistische und nationalistische Denken überhaupt zu überwinden und echte Arbeitsteilung mindestens in den so verbundenen Bereichen durchzuführen. Die Kriege der Vergangenheit beruhen wesentlich auf der wenn auch manchmal falschen Vorstellung von nationaler Stärke und Unabhängigkeit. Geht diese Illusion verloren, und tritt anstelle jenes fehlgeleiteten Nationalbewußtseins das Gefühl der Solidarität und des Aufeinanderangewiesenseins, dann kann mit neuen und größeren Fortschritten auf dem Felde der Integration gerechnet werden. Und weil ich glaube, daß das Bewußtsein von der gegenseitigen politischen Abhängigkeit tiefere Wurzeln geschlagen hat, als das inbezug auf die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit gelten kann, mag in dieser Phase der Entwicklung die Politik die Führung übernehmen. Die wirtschaftliche Entfaltung drängt zwar nach größeren Freiheiten und weiteren Räumen der Betätigung, aber eine so geartete wirtschaftliche Integration zwingt nicht zugleich zu einer politischen Integration. Umgekehrt ist aber kaum vorstellbar, daß eine starke und organische politische

Zusammenfassung nicht zugleich auch zu engeren wirtschaftlichen Verflechtungen drängen würde. Jede Integration aber - die politische und die wirtschaftliche - setzt immer eine vorherige Übereinstimmung hinsichtlich der Prinzipien, Systeme und Ziele des Handelns und Verhaltens voraus. Aus diesem Grunde sagte ich einleitend, daß vor jedem Versuch einer Integration der Wille zu einer Verständigung stehen muß. Verfallen wir nicht in den Fehler, Schwierigkeiten, Spannungen und Störungen sowohl im nationalen wie auch im internationalen Raum durch immer neue institutionelle und organisatorische Maßnahmen heilen oder - besser gesagt - überdecken zu wollen. Solcherart schieben wir die Probleme nur vor uns her, aber wir lösen sie nicht. Die Organisation ist immer nur die Form, aber die Funktion allein ist der Inhalt all unserer Bemühungen, die Zusammenarbeit der Völker auf eine höhere Ebene zu heben, ihr den Charakter einer echten Integration zu verleihen.